

STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES AM 14.03.2013

Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 14.03.2013
Beginn:	18:05 Uhr
Ende	21:30 Uhr
Ort:	Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Siegfried Müller

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Rolf Ferenczy

bis 20.00 Uhr, Ziffer 4

Stadtrat Klaus Günther

Stadtrat Peter Lorenz

Stadtrat Manuel Müller

Stadträtin Rosmarie Richter

Stadtrat Karl-Heinz Schmidt

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Andreas Moser

Stadtrat Thomas Rank

Stadträtin Gertrud Schwab

Stadtrat Hartmut Stiller

Stadträtin Hiltrud Stocker

Stadtrat Hugo Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

Stadträtin Astrid Glos

Stadtrat Klaus Heisel

Stadträtin Elvira Kahnt

Stadträtin Nicole Mahlmeister

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Manfred Freitag

Stadtrat Friedrich Haag

Stadträtin Barbara Wachter

Stadträtin Jutta Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion

Bürgermeister Klaus Christof

bis 21.20 Uhr, Ziffer 8

Stadtrat Wolfgang Popp

bis 21.12 Uhr, Ziffer 4

Stadtrat Thomas Steinruck

ödp-Stadtratsgruppe

Stadtrat Jens Pauluhn

Stadträtin Andrea Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Franz Böhm

Stadtrat Hans Schardt

fraktionslos

2. Bürgermeister Werner May

ohne Ziffer 9

Ortssprecher

Ortssprecher Dieter Pfrenzinger

Ortssprecherin Anna Schlötter

Schriftführer/in

Verwaltungsfachwirt Herbert Müller

Berichterstatter

Bauamtsleiter Oliver Graumann

Oberrechtsrätin Susanne Schmöger

Stadtkämmerer Bernhard Weber

Herr Hahn, Quartiersmanager

bis Ziffer 3

Herr Dr. Baier, BVS

Ziffer 4

Entschuldigt:**UsW-Stadtratsfraktion**

Stadtrat Manfred Marstaller

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Oberbürgermeister Müller darauf hin, dass die Tagesordnungspunkte 7 „Bebauungsplan Nr. 40 Wilhelmsberg Kitzingen (Klinikum Kitzinger Land) – 1 Änderung; Billigung des Planentwurfs und Beschluss über die öffentliche Auslegung mit Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange“ sowie 8 „Bauleitplanverfahren zum ehem. Richthofen Circle; hier: Sachstandinformation“ nicht behandelt werden. Der Tagesordnungspunkt 7 „Klinik Kitzinger Land“ werde in der Sitzung am 19.03.2013 behandelt.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

Stadtrat Moser stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt 5 „Finanzierungsübersicht zur Errichtung des Stadtteilzentrums“ vor dem Eilantrag zu behandeln.

Stadträtin Wallrapp stellt mit Blick auf die anwesenden Zuhörer den Antrag, beide Tagesordnungspunkte vorzuziehen und in der Reihenfolge der Tagesordnung zu behandeln.

Oberbürgermeister Müller bittet um Abstimmung des Antrages von Stadtrat Moser.

abgelehnt**dafür 12 dagegen 18**

Es besteht Einverständnis, den Tagesordnungspunkt 5 vor der Ziffer 4.1 zu behandeln.

Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass der Antrag abgelehnt wurde und es bei der festgelegten Reihenfolge bleibe. Beide Punkte werden nach der Genehmigung der Niederschrift behandelt.
Damit besteht Einverständnis.

1. Genehmigung der öffentlichen Niederschrift des Stadtrates vom 24.01.13

beschlossen dafür 30 dagegen 0

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 24.01.2013 gilt gemäß Art. 54 Abs. 2 als genehmigt.

2. Anträge von Fraktionen und Gruppen

**2.1. Soziale Stadt;
Eilantrag verschiedener Stadträte**

Oberbürgermeister Müller verweist eingangs auf die eingegangenen Unterschriftenlisten, auf denen 13 Institutionen und Vereine sowie insgesamt 262 Bürger unterschrieben haben.

Er erklärt, dass der Wunsch das Stadtteilzentrum zu errichten in der Siedlung sehr groß sei.

Die Reduzierung der Förderung seitens der Regierung von Unterfranken sei auch schon bei vielen anderen Maßnahmen vorgekommen, in dem nicht alle Kosten als förderfähig anerkannt wurden. Es war jedoch noch nie der Fall, dass dies im Gremium nochmals eine Änderung nach sich zog. Er weist auf den grundsätzlichen Beschluss hin und bittet, keine Grundsatzdiskussion mehr zu führen. Es sollte vielmehr um die Frage gehen, wie die Finanzierungslücke geschlossen werden könne. Er bittet die Diskussion in einer sachlichen Art und Weise zu führen.

Stadtrat Schmidt geht im Folgenden stellvertretend für alle weiteren Antragssteller

auf den Eilantrag vom 28. Februar ein.

Er stellt dar, dass die 17 Kolleginnen und Kollegen das Stadtteilzentrum nicht verhindern wollen, wie es beispielsweise schon in der Arbeitskreissitzung „Soziale Stadt“ hieß.

Es sei jedoch wichtig, dass die Rahmenbedingungen und die Kosten passen, damit die finanzielle Leistungsfähigkeit weiterhin gesichert ist. Das sei allein der Rahmen, an den sich der Stadtrat halten müsse. Er stellt fest, dass die Verwaltung stets von einer Förderung in Höhe von 1,4 Mio. € gesprochen habe und nach Eingang des Förderbescheids diese erheblich reduziert war. Erst eine nochmalige Wirtschaftlichkeitsberechnung brachte letztlich eine Förderung in Höhe von 1,1 Mio. €, so dass Mittel in Höhe von 372.000,00 € ausgeglichen werden müsse, die noch nicht im Haushalt enthalten seien.

Darüber hinaus verweist er auf die Folgekosten, die nach seriösen Berechnungen zwischen 250.000,00 € bis 300.000,00 € liegen müssten.

Diese Zahlen machen weitere Überlegungen notwendig, wie das Vorgehen aussehen kann, z. B. durch Abspeckung der Maßnahme, durch weitere Nutzungsmöglichkeiten

(z. B. Hort, Vereinigung Bürgerzentrum Innenstadt und Siedlung, Bürgersprechstunde, Volkshochschule) oder durch Aufteilung der Eigentumsverhältnisse (Kirche behält einen Teil). Darüber hinaus sollte man die mögliche Beteiligung Dritter

(z. B. Caritas, AWO, Siedlerverein) nicht außer Acht lassen und spricht dabei auch die Gründung eines Fördervereins an. Bei diesem Modell müsse die Stadt lediglich einen Zuschuss geben.

Diese alternativen Betreiber- und Finanzierungsmodelle sollten vor einer Beschlussfassung im Stadtrat nochmals geprüft werden, damit man zu einer für alle Beteiligten tragbaren Lösung komme.

Stadträtin Schmidt als Referentin für die Soziale Stadt verweist auf die vielen Mehrheitsbeschlüsse, die in diesem Zusammenhang gefasst wurden. Sie stellt fest, dass nach dem ISEK in der Siedlung eine Mitte geschaffen werden sollte und verweist auf die umfangreiche Bürgerbeteiligung sowie auf die durchwegs positive Resonanz der Bürgerinnen und Bürger. Der Prozess dauere schon sehr lange und es ist nötig, das Haus für die Bürgerinnen und Bürger zu öffnen. Es handle sich um eine Investition für die Bürgerinnen und Bürger.

Stadträtin Stocker als Familien- und Jugendreferentin schließt sich den Worten von Stadträtin Schmidt an und stellt dar, dass der Container, in dem die Jugendlichen untergebracht sind, sehr marode sei und ein Stadtteilzentrum, in dem auch die Jugend untergebracht ist, dringend benötigt werde. Sie gibt zu bedenken, dass Gründe gesucht werden, um das Projekt zu verhindern.

Stadträtin Kahnt möchte wissen, ob mit der Zustimmung des Eilantrages der Grundsatzbeschluss auf Erwerb ausgehebelt werde.

Oberrechtsrätin Schmöger verstehe den Antrag so, dass weitere Prüfungen begehrt werden, die ihrer Auffassung nach den ursprünglichen Beschluss nicht aushebeln.

Stadträtin Kahnt verweist auf eine vorliegende Folgekostenberechnung, worauf Oberbürgermeister Müller erklärt, dass dieses Blatt nicht von der Verwaltung erstellt und verteilt wurde.

Stadtrat Pauluhn äußert seinen Unmut, dass durch das Verteilen eines Papiers an nicht alle Stadträte unnötigerweise Unruhe erzeugt werde.

Stadtrat Stiller erklärt, dass er gegen kein Stadtteilzentrum ist und verweist auf das Zentrum in Neumarkt i. d. OPf., welches von vielen Institutionen benutzt wird. Seiner Auffassung nach sollte das Zentrum durchgehend geöffnet sein. Er möchte wissen, wie man weitere Gruppen in das Stadtteilzentrum bringen könne.

Oberbürgermeister Müller verweist auf verschiedene Anfragen und erklärt, dass neben den bisherigen Nutzungen auch die Nähe zur Schule genutzt und dort die Hausaufgabenbetreuung untergebracht werden könne. Darüber hinaus seien auch vhs-Kurse ein Thema. Die Nutzung werde nach einer Inbetriebnahme weiterhin wachsen.

Bauamtsleiter Graumann ergänzt, dass auch das Quartiersbüro in Zukunft im Stadtteilzentrum untergebracht sein werde und verweist auf die schriftlichen Zusagen von Nutzern, die bereits zur ursprünglichen Entscheidung vorlagen.

Stadtrat Pauluhn möchte wissen,

- wie viele kirchliche Institutionen bei den Unterschriften dabei waren,
- wie sich die Förderhöhe veränderte, wenn dem Prüfungsauftrag stattgegeben werde,
- welche Auswirkungen es auf die Förderung habe, wenn Dritte zur Deckung der Finanzierungslücke mit ins Boot genommen werden
- welche Auswirkungen es auf die Förderung habe, wenn die Maßnahme

- auf 2,0 € gedeckelt werde und die Stadt in der Folge Mehrkosten haben würde,
- wie die Finanzierung bei weiteren Städten vonstattengegangen sei und
 - ob mit weiteren möglichen Betreibern bereits gesprochen wurde und wie die Bereitschaft dort aussehe.

Stadtrat Pauluhn weist darauf hin, dass man die Chance habe, erhebliche Mittel aus dem Stadtbauförderungstopf „Soziale Stadt“ zu erhalten und verweist auf eine Vielzahl von vergleichbaren Maßnahmen anderer Städte, die nicht eine derartige Förderung zugeteilt bekommen haben.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass bei den Unterschriften vier kirchliche Institutionen vertreten waren. Die Regierung konnte keine Aussage treffen, wie zukünftige die Förderung aussehen werde, es sei jedoch damit zu rechnen, dass diese zurückgehe, worauf Stadtkämmerer Weber ergänzt, dass der Bewilligungszeitraum Ende 2014 auslaufe.

Darüber hinaus stellt er dar, dass sich jede finanzielle Beteiligung Dritter schädlich auf die Förderhöhe auswirke. Außerdem erklärt er, dass eine Nachförderung nicht möglich sei.

Stadtrat Stiller verweist hinsichtlich Neumarkt, dass das Zentrum vor zehn Jahren mit einem Betrag von 100.000,00 € ins Leben gerufen wurde und nun für 3,2 Mio. € saniert werde.

Herr Hahn erklärt, dass er mit einzelnen möglichen Trägern (AWO, Burschenschaft, Siedlerverein) gesprochen habe, die eine Übernahme abgelehnt haben. Darüber hinaus habe der St. Vinzenz-Verein die Übernahme der Trägerschaft stets abgelehnt.

Stadtrat Heisel verweist auf die Forderung des Eilantrages, wonach ein alternatives Betriebs- und Erwerbermodell geprüft werden soll. Seiner Auffassung nach werde damit tatsächlich die alten Beschlüsse auf Null gesetzt, nachdem seiner Auffassung nach die Vereine den Betrieb nicht übernehmen können, sondern dies nur durch die Stadt erbracht werden könne.

Oberrechtsrätin Schmöger erklärt, dass mit der Zustimmung zum Eilantrag lediglich die alten Beschlüsse nicht vollzogen werden und die Verwaltung dem Prüfungsauftrag entsprechend nachgehen müsse. Sollte das Ergebnis der Prüfung im Gremium keine Mehrheit finden, dann können die Beschlüsse entsprechend vollzogen werden.

Stadträtin Schmidt kritisiert, dass der Antrag keine Berechtigung habe, nachdem die Thematik mit den Vereinen und Institutionen zu Beginn des Verfahrens besprochen wurde. Der Antrag könne gar nicht umgesetzt werden.

Oberrechtsrätin Schmöger erklärt, dass nach der geänderten Zuschusssituation der Oberbürgermeister richtigerweise den Stadtrat informiert habe und es dem Stadtrat überlassen bleibe, entsprechende Anträge zu stellen. Eine Rechtswidrigkeit liege ihrer Auffassung nach nicht vor.

Stadträtin Schmidt ärgert sich im Folgenden, dass mit dem Eilantrag, das Stadtteilzentrum und somit die Förderung in Höhe von 1,1 Mio. € aufs Spiel gesetzt werde.

Stadträtin Kahnt erbittet eine Aussage zu den Folgekosten.

Stadtkämmerer Weber geht ausführlich auf die verschiedenen Folgekosten ein und beziffert diese letztlich auf 130.000,00 € jährlich, wovon ca. 60.000,00 € kal-

kulatorische Kosten seien.

Die Finanzierungslücke in Höhe von 372.000,00 € decke man durch eine entsprechende Kreditaufnahme und erklärt, dass die Stadt ohnehin verpflichtet sei, ein Darlehen aufzunehmen, nachdem die Zinskosten bei der Berechnungsgrundlage der Förderung enthalten seien.

Stadträtin Wallrapp möchte die schriftliche Interessenbekundungen haben und möchte wissen, ob diese aufgrund der geänderten Situation nach wie vor Interesse haben, das Stadtteilzentrum zu nutzen.

Bauamtsleiter Graumann verweist auf die Liste der Interessenten, die im Vorfeld der Beschlussfassung im Jahr 2012 an den Stadtrat versandt wurde.

Herr Hahn ergänzt, dass alle Interessen unterschrieben haben und nach wie vor dazu stehen. Darüber hinaus haben bereits weitere Interessenten angefragt, die das St. Vinzenz Heim bislang noch nicht genutzt haben.

Auf die Frage von Stadtrat Heisel, wie lange die Förderzusage gelte, erklärt Stadtkämmerer Weber, dass der Bewilligungszeitraum am 01.09.2014 ende. Stadtrat Pauluhn möchte wissen, ob bis dahin die Maßnahme abgeschlossen sein müsse.

Stadtkämmerer Weber bejaht dies und stellt dar, dass bis dahin der Verwendungsnachweis eingereicht werden müsse.

Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. gruppen:

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt verweist auf seine ursprüngliche Stellungnahme für die Antragssteller und berichtigt, dass eine Beteiligung Dritter nicht förderschädlich sei. Er stellt dar, dass durch die geringere Förderung in der Tat eine andere Sachlage eingetreten sei, die weitere alternative Überlegungen erfordere.

Die UsW werde unterschiedlich abstimmen.

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser erklärt, dass das Stadtteilzentrum aufgrund des Eilantrages möglicherweise vor dem aus stehe, obwohl der Stadtrat dieses Projekt mehrheitlich beschlossen habe. Er empfinde es als unverantwortlich, das Projekt nun zu stoppen.

Im Folgenden verliest Stadtrat Weiglein einen Leserbrief einer Bürgerin und verweist auf die Stimmung in der Siedlung, die sich vom Stadtrat verlassen fühlen, wenn das Projekt nicht umgesetzt werden kann.

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul erklärt, dass das Stadtteilzentrum in der Siedlung gebraucht werden würde, weshalb die SPD die Grundsatzentscheidung einstimmig gefasst habe. Gleichwohl müsse es aufgrund der geänderten Sachlage erlaubt sein, alternative Möglichkeiten anzusprechen. Sie kritisiert, dass der Förderbescheid nicht im Vorfeld mit der Regierung von Unterfranken abgestimmt war und dass die Lücke nun mit Krediten ausgeglichen werden soll.

Mit Blick auf die mögliche Verzögerung spricht sich die SPD gegen den Eilantrag und für das Stadtteilzentrum aus.

FW-FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp verweist auf eine Vielzahl von Projekten, die in der Siedlung gefördert und umgesetzt wurden (Kleistplatz, Umbau Siedlungsschule, Umbau Kindergärten usw.) und erklärt, dass insofern die Siedlung bereits sehr unterstützt

wurde und die Vorwurf, die Siedlung würde vergessen werden, nicht haltbar sei. Die geänderte finanzielle Situation müsse beachtet und alternative Möglichkeiten geprüft werden. Damit möchte man das Stadtteilzentrum nicht verhindern, jedoch müsse man Verantwortungsbewusst mit den Ressourcen umgehen, weshalb die FW-FBW-Fraktion dem Eilantrag zustimme.

KIK-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Christof erklärt, dass die KIK die Soziale Stadt zur Stärkung der sozialen Struktur in der Siedlung von Beginn an unterstützt habe. Er erklärt, dass in der Siedlung beispielsweise auch die vhs, die Bücherei bzw. die Musikschule angesiedelt werden könnte. Darüber hinaus sei ein Bürgerbüro erforderlich. Er erklärt, dass die Folgekosten nicht richtig beachtet wurden und erklärt, dass nur aufgrund der Förderung diese nicht niedrig gerechnet werden sollten. Seiner Auffassung nach betragen die Folgekosten bei seriöser Betrachtungsweise 285.000,00 € pro Jahr.

Er könne dem Stadtteilzentrum nur dann zustimmen, wenn das Konzept mit den genannten Leistungspunkten umgesetzt und eine entsprechende Folgekostenberechnung erstellt und beschlossen werde.

Er beantragt, dass der Stadtrat einen Beschluss hinsichtlich der Festlegung der Folgekosten sowie Investitionskosten fasse. Auch einer Vertagung könne er zustimmen, wenn aufgrund des Antrages eine Neukalkulation erforderlich sein sollte.

Er verweist auf die vielen kirchlichen Aktivitäten im St. Vinzenz-Heim und stellt dar, dass ein umfassendes Eingreifen durch die Stadt für die weiteren kirchlichen Träger, denen lediglich ein Zuschuss für den Umbau gewährt werde, eine Ungleichbehandlung darstelle.

Aufgrund dessen sollte die Stadt das Zentrum analog des FastnachtMuseums fördern, wenn es sich um ausschließliche kirchliche Nutzung handle.

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt gibt hinsichtlich der Ausführung von Stadträtin Wallrapp zu bedenken, dass es sich bei der Bezuschussung der Schule bzw. der Kindergärten um Pflichtaufgaben handle. Darüber hinaus stellt sie dar, dass die Folgekosten durch ehrenamtliche Arbeit, ggf. durch Gründung eines Fördervereins auch wieder minimiert werden könnten. Sie stellt dar, dass bei der Maßnahme keine Kostenmehrung eingetreten sei. Sie hofft, dass der Eilantrag keine Mehrheit bekommt, damit das Stadtteilzentrum entsprechend umgesetzt werden kann.

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm erklärt, dass er ursprünglich für das Stadtteilzentrum war und nachdem die Zahlen erstmals auf dem Tisch lagen, er sich für die eine Kostendeckelung ausgesprochen habe. Die Kosten für das Zentrum seien sehr hoch und verweist insbesondere auch auf die Folgekosten. Er erklärt, dass er dem Eilantrag in heutiger Sitzung zustimmen werde.

„fraktionlos“

2. Bürgermeister May steht weiterhin zur Grundsatzentscheidung und spricht sich gegen den Eilantrag aus. Er beantragt namentliche Abstimmung.

Stadträtin Richter möchte wissen, ob bereits ein Brandschutzkonzept erstellt sei und welche Kosten dies verursache.

Dipl.-Ing. Rützel erklärt, dass mit Blick auf die Verursachung von Kosten noch kein Brandschutzkonzept erstellt sei, ein solches für die Umsetzung jedoch erstellt werden müsse. Die Kosten hierfür könne er aus dem Stehgreif nicht beziffern.

Als Oberbürgermeister Müller über den Beschlussentwurf abstimmen lassen möchte, verweist Bürgermeister Christof auf seinen Antrag, der mit Blick auf die Folgekosten für die Stadt weitreichender sei und deshalb zuerst abgestimmt werden müsse.

Oberrechtsrätin Schmöger erklärt, dass über den Antrag in heutiger Sitzung nicht ordnungsgemäß abgestimmt werden könne. Sie erklärt, dass lediglich eine Absetzung und Vertagung des Eilantrages beantragt und beschlossen werden könne.

Nach kurzer Diskussion ruft Oberbürgermeister Müller zur Abstimmung des Eilantrages der Fraktionen und Gruppen auf.

beschlossen dafür 29 dagegen 1

Mit dem Antrag von 2. Bürgermeister May auf namentliche Abstimmung besteht Einverständnis, so dass Protokollführer Müller die Stadträte einzeln nach ihrem Abstimmungsverhalten abfragt:

Stadtrat Ferenczy	Nein
Stadtrat Günther	Ja
Stadtrat Lorenz	Nein
Stadtrat Müller	Nein
Stadträtin Richter	Ja
Stadtrat Schmidt	Ja
Stadtrat Moser	Nein
Stadtrat Rank	Nein
Stadträtin Schwab	Nein
Stadtrat Stiller	Ja
Stadträtin Stocker	Nein
Stadtrat Weiglein	Nein
Stadträtin Dr. Endres-Paul	Nein
Stadträtin Glos	Nein
Stadtrat Heisel	Nein
Stadträtin Kahnt	Nein
Stadträtin Mahlmeister	Nein
Stadtrat Freitag	Ja
Stadtrat Haag	Ja
Stadträtin Wachter	Ja
Stadträtin Wallrapp	Ja
Bürgermeister Christof	Ja
Stadtrat Steinruck	Ja
Stadtrat Popp	Ja
Stadtrat Pauluhn	Nein
Stadträtin Schmidt	Nein
Stadtrat Böhm	Ja
Stadtrat Schardt	Ja
2. Bürgermeister May	Nein
Oberbürgermeister Müller	Nein

abgelehnt

dafür 13 dagegen 17

Aufgrund der für die Stadt Kitzingen sehr nachteiligen finanziellen Entwicklung beim vorgesehenen Erwerb und Betrieb des künftigen Jugend- und Bürgerzentrum Siedlung sind seitens der Stadtverwaltung alternative Erwerber- und Betreibermodelle unter Einbeziehung von Dritten (z. B. Kirchengemeinde St. Vinzenz, Siedlervereine, AWO etc.) zu entwickeln und dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.

Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass der Eilantrag abgelehnt wurde.

**3. Bund-Länder-Stadtebauförderungsprogramm II - Soziale Stadt;
Errichtung eines Stadtteilzentrums mit Jugendtreff
Finanzierungsübersicht**

beschlossen

dafür 28 dagegen 2

Mit dem Antrag von Stadtrat Pauluhn auf namentliche Abstimmung besteht Einverständnis, so dass Protokollführer Müller die Stadträte einzeln nach ihrem Abstimmungsverhalten abfragt:

Stadtrat Ferenczy	Ja
Stadtrat Günther	Nein
Stadtrat Lorenz	Ja
Stadtrat Müller	Ja
Stadträtin Richter	Nein
Stadtrat Schmidt	Nein
Stadtrat Moser	Ja
Stadtrat Rank	Ja
Stadträtin Schwab	Ja
Stadtrat Stiller	Nein
Stadträtin Stocker	Ja
Stadtrat Weiglein	Ja
Stadträtin Dr. Endres-Paul	Nein
Stadträtin Glos	Ja
Stadtrat Heisel	Ja
Stadträtin Kahnt	Nein
Stadträtin Mahlmeister	Nein
Stadtrat Freitag	Nein
Stadtrat Haag	Nein
Stadträtin Wachter	Nein
Stadträtin Wallrapp	Nein
Bürgermeister Christof	Nein
Stadtrat Steinruck	Nein
Stadtrat Popp	Nein
Stadtrat Pauluhn	Ja
Stadträtin Schmidt	Ja
Stadtrat Böhm	Nein
Stadtrat Schardt	Nein
2. Bürgermeister May	Ja
Oberbürgermeister Müller	Ja

abgelehnt

dafür 14 dagegen 16

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Finanzierung der Maßnahme "Errichtung eines Stadtteilzentrums mit Jugendtreff" wird wie folgt zugestimmt:
 - a) Zuwendungen aus dem Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt" (Regierung von Unterfranken) 1.108.000,
 - b) Eigenkapital 371.168,
 - c) Fremdkapital, Kredit vom Kapitalmarkt 961.750.

2.440.918

Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass die Finanzierung abgelehnt wurde.

Stadträtin Kahnt gibt zu Protokoll, dass sie gegen die Finanzierung gestimmt habe, nachdem sie es als ideenlos empfinde, wenn die Lücke ausschließlich mit einer Kreditaufnahme geschlossen werden solle. Einer alternativen Finanzierung könne sie zustimmen.

Stadtkämmerer Weber erklärt, dass mit Blick auf die im Förderbescheid festgelegten Zinskosten die Stadt einen Kredit zur Finanzierung der Maßnahme aufnehmen müsse.

Oberbürgermeister Müller unterbricht die öffentliche Sitzung von 20.03 Uhr bis 20.15 Uhr.

4. Verkehrsentwicklungsplan, Vorstellung des vorläufigen Endberichtes durch das Büro Dr. Baier

Herr Dr.-Ing. Baier, BSV Büro für Stadt- und Verkehrsplanung geht anhand einer Präsentation ausführlich auf den vorläufigen Schlussbericht des Verkehrsentwicklungsplanes ein. Nach der Kenntnisnahme durch den Stadtrat werde nochmals eine Bürgerversammlung stattfinden, bevor das Gesamtwerk zur Beschlussfassung im Stadtrat kommen wird.

In seinem Vortrag geht er im Wesentlichen auf folgende Ziele ein:

- Zielkonzept Fußgängerverkehr
- Zielkonzept Radfahrer
- Zielkonzept ÖPNV
- Zielkonzept motorisierter Individualverkehr (MIV)

Dabei stellt er auch verschiedene Prognoseszenarien mit Blick auf die Bevölkerungs- und Gewerbeentwicklung in Kitzingen dar und verweist auf die Einführung eines Stadtbusses.

Der Stadtbuss sollte seiner Auffassung nur dann umgesetzt werden, wenn dieser entsprechend beworben werde. Eine Einführung auf Probe sei nicht möglich. Bei einer durchschnittlichen Kalkulation sei mit einer Unterdeckung von 200.000,00 € zu rechnen.

Abschließend stellt er dar, dass ein Vorschlag für verschiedene Maßnahmen eingereicht und eine entsprechende Priorisierung festgelegt werden sollte. Es sei dann die Entscheidung des Stadtrates, welche Maßnahmen umgesetzt werden. Die Maßnahmen werden dann mit entsprechenden Kosten hinterlegt.

Die Präsentation liegt der Niederschrift als wesentliche Anlage bei.

Bürgermeister Christof ist der Auffassung, dass in heutiger Sitzung kein Beschluss gefasst und die Angelegenheiten vielmehr im Stadtentwicklungsbeirat beraten werden sollte, um die Vorstellungen des Beirates sowie des Planers vereinen zu können.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass die Beschlussfassung eine Beratung im Stadtentwicklungsbeirat nicht ausschließe.

beschlossen dafür 24 dagegen 5

1. Der Sachvortrag von Herrn Dr. Baier (BSV) zum vorläufigen Schlussbericht des Verkehrsentwicklungsplanes wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt den vorläufigen Schlussbericht des Verkehrsentwicklungsplans als Grundlage der geplanten Bürgerbeteiligung.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt die Bürgerworkshops durchzuführen.

**5. Kommunales Energiemanagement;
Abschlussbericht der Energieagentur Nordbayern**

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass der Bericht der Energieagentur in einer der nächsten Stadtratssitzungen erfolge.

6. Weihnachtsmarkt 2013 ff

Stadträtin Wallrapp bittet, dass der Stadtmarketingverein frühzeitig auf die Tourist-Info zugehen sollte.

beschlossen dafür 28 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis, mit der Organisation und der Durchführung des Weihnachtsmarktes für weitere drei Jahre (2013 – 2015) den Stadtmarketingverein zu beauftragen.
3. Die Konditionen aus 2010 bleiben unverändert bestehen, d. h. die Stadt stellt hierfür die Plätze sowie die Rathaushalle zur Verfügung, Leistungen von Bauhof und Gärtnerei (Auf-/Abbau Lauben und Hütten), sorgt für Christbäume, die Reinigung, stellt die Werbetafeln an den Ortseingängen und sorgt für Stromanschlüsse inkl. Verbräuche.
4. Als Sicherheit für die Organisation wird pro Jahr die Übernahme eines Defizites in Höhe von 2.000,00 € zugesagt. Hierfür ist ein Nachweis zu er-

bringen.

5. Alle anderen Kosten müssen durch den Stadtmarketing-Verein gedeckt werden.
6. Die Mitwirkung der Tourist-Info wäre wünschenswert

7. Sanierung der Schadstoffbelastung in den Holzdecken (erhöhte Lindanwerte und PCP-Werte) im Kindergarten Friedenskirche, Martin-Luther-Str. 1, Kitzingen

beschlossen dafür 28 dagegen 0

Dem Evang.-Luth. Pfarramt Kitzingen Friedenskirche wird zur Sanierung der Schadstoff-belastung in den Holzdecken des Kindergartens Friedenskirche ein Zuschuss in Höhe von 45 % der zuwendungsfähigen Kosten, max. 67.950 € gewährt.

8. Feststellung der Jahresrechnung 2009 der Stadt Kitzingen und der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe sowie Entlastung der Verwaltung

beschlossen dafür 28 dagegen 0

1. Feststellung der Jahresrechnung 2009 (Abstimmung mit Oberbürgermeister)

Gemäß Art. 102 Abs. 3 der Gemeindeordnung wird die Jahresrechnung 2009 der Stadt Kitzingen und der von der Stadt verwalteten Stiftung für Alten- und Pflegehilfe nach Durchführung der örtlichen Prüfung festgestellt.

Oberbürgermeister Müller ist aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und verlässt ohne Aufforderung seinen Sitzungsplatz.

beschlossen dafür 27 dagegen 0

2. Entlastung der Verwaltung (Abstimmung mit Ausschluss Oberbürgermeister)

Gemäß Art. 102 Abs. 3 der Gemeindeordnung wird für die Jahresrechnung 2009 der Stadt Kitzingen und der von der Stadt verwalteten Stiftung für Alten- und Pflegehilfe der Verwaltung die Entlastung erteilt.

**9. Natur in Kitzingen 2011 GmbH;
Gewährung eines Zuschusses zur Begleichung der Umsatzsteuerzahlung
an das Finanzamt**

beschlossen dafür 25 dagegen 1

Der Natur in Kitzingen 2011 GmbH wird zur Begleichung der Umsatzsteuerzahlung an das Finanzamt ein Zuschuss in Höhe von 187.000 € gewährt.

Die Mittel werden von der HSt. 5840 6410 (Umsatzsteuer) bei HSt. 5840 7180 (Zuschüsse für lfd. Zwecke) bereitgestellt.

10. Bebauungsplan Nr. 105 "Mühlenpark"; Billigung des Planentwurfs und Beschluss über die öffentliche Auslegung und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Als Oberbürgermeister Müller den Tagesordnungspunkt aufruft stellt Stadtrat Rank den Antrag, den Punkt mit Blick auf die fortgeschrittene Zeit abzusetzen und verweist auf die Komplexität der Angelegenheit, die eine entsprechende Beratung bedürfe. Insbesondere verweist er auf die Forderungen des Stadtentwicklungsbeirates (u. a. Lärmschutz), die nicht wie beschlossen im Bebauungsplanentwurf eingearbeitet seien.

beschlossen dafür 20 dagegen 7

Es besteht Einverständnis, den Tagesordnungspunkt von heutiger Sitzung abzusetzen.

Stadtrat Schmidt stellt darauf den Antrag, dass dieser Punkt in der Sitzung des Stadtrates am 19.03.2013 als TOP 1 behandelt werden soll.

beschlossen dafür 27 dagegen 0

Es besteht Einverständnis, die Angelegenheit als TOP 1 in der Sitzung des Stadtrates am 19.03.2013 zu behandeln.

Oberbürgermeister Siegfried Müller schließt die öffentliche Sitzung um 21:30 Uhr.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Siegfried Müller
Oberbürgermeister

Herbert Müller
Verwaltungsfachwirt